

ANTRÄGE





Anträge Inhaltsverzeichnis

2020

GO-Anträge

- 1 Für ein selbstbewusstes SiP und eine echte Gewaltenteilung
 - 2 GO-Ausschüsse statt GO-SiPs!
 - 3 Für einen kostenfreien Zugang zum Wiener Schüler_innenparlament!
 - 4 Klarheit bei Abstimmungen schaffen!
 - 5 Ankündigungsfrist
 - 6 SiPs transparenter gestalten
 - 7 GO Antrag der LSV Wien
 - 8 Schluss der Debatte
 - 9 Mehr Mitbestimmung für die SchülerInnen-Vertretung!
 - 10 SiP-Ausschuss? - Was ist das nochmals?
-

Anträge Inhaltsverzeichnis

2020



angenommen



abgelehnt

Hauptanträge

- 1 6 mal Nein? - Ok, Boomer!
 - 2 Aufklärung JETZT!
 - 3 Pädagogische Leitung von Schulleitung trennen!
 - 4 Schuldemokratie jetzt!
 - 5 Gratis öffentliche Verkehrsmittel für Jugendliche
 - 6 Schluss mit der Papierlawine!
 - 7 Verpflichtende Mülltrennung an allen Wiener Schulen
 - 8 Verbannt das Frischfaserpapier aus den Wiener Schulen
 - 9 Beihilfenreform jetzt!
 - 10 Die wahren Betroffenen und Verursacher_innen des Klimawandels
 - 11 Faire Beurteilung, jetzt!
 - 12 Fixes Budget für Schüler_innenvertretungen
 - 13 Größere Wahlbeteiligung bei der Wahl der Schüler*innenvertretung
 - 14 Schulen begrünen!
 - 15 umweltbewusste Schule
 - 16 „Arbeitsmonat“ ab Oberstufe
 - 17 BILDUNG REFORMIEREN.
-

1

Für einen selbstbewussten SiP und eine echte Gewaltenteilung

Felix Schnabl - Lycée Francais de Vienne

Mario Dragnev - Erich Fried Realgymnasium

Balduin Schwarz - Gastgewerbefachschule (GAFA)



angenommen



abgelehnt

Derzeit hat das SiP keinen eigenen Präsidenten. Die LSV übernimmt die Sitzungsleitung, aber gleichzeitig sind ihre Mitglieder oft genug auch Delegierte, Redner, Antragssteller, kurzum sie haben eine Meinung und vertreten sie auch. Das ist ja auch der Job der LSV: Sie ist unsere politische Vertretung. Und das ist gut und wichtig.

Aber das macht die LSV leider auch so ungeeignet für eine unparteiische und unabhängige Sitzungsleitung. Dewegen muss endlich eine wirklich neutrale Präsidiale her: Drei auf ein Jahr gewählte Präsidenten, für die dieses Amt die letzte schulpolitischen Funktion ist, die Krönung ihrer Karriere, der glorreiche Abschluss. Diese SiP-Präsidenten vertreten keine Meinung, keine Programme, keine großen Pläne, sondern sind wirklich nur unabhängige Sitzungsleiter. Sie dürfen nicht abstimmen, keine Reden halten, keine Anträge einbringen. Sie sind immer neutral.

Noch dazu symbolisieren sie unser Selbstbewusstsein: Wir, die Vertreter der Wiener Schülerinnen und Schüler sollten uns ein Recht herausnehmen, das jedes stolze Parlament der Welt besitzt: Wir sollten nicht von unserer „Regierung“ kontrolliert werden, sondern nur von unseren selbst-gewählten Präsidenten!

Das nennt man echte Gewaltenteilung.

-
- §3b: Die drei SiP-Präsidenten brauchen keine Berechtigungskarten.
 - § 8a: Den Vorsitz führt eine/r der SiP-PräsidentInnen. Er/Sie hat während seines/ihrer Vorsitzes die Sitzung im Sinne der GO zu leiten. Der Vorsitz kann zwischen den drei Präsidenten jederzeit gewechselt werden.
 - §8b: Mitglieder der Präsidiale verfügen weder über Stimmrechte, noch dürfen, abseits ihrer Funktion als Sitzungsführer, das Rederecht ergreifen. Anträge jedweger Art zu stellen ist ihnen selbstverständlich verboten.

1

Für ein selbstbewusstes SiP und eine echte Gewaltenteilung

Felix Schnabl - Lycée Français de Vienne

Mario Dragnev - Erich Fried Realgymnasium

Balduin Schwarz - Gastgewerbefachschule (GAFA)

angenommen

abgelehnt

- §15a : Die drei SiP-PräsidentInnen werden am letzten SiP eines Schuljahres vom Plenum gewählt. Jede/r Delegierte verfügt bei dieser Abstimmung über eine Stimme.
- §15b: Über das passive Wahlrecht verfügen alle regulären DelegiertInnen, die auch im nächsten Jahr noch Schüler sind.
- §15c: Die Kandidatur zum/r SiP-PräsidentInnen muss in den selben Zeiträumen wie reguläre Anträge dem LSV übermittelt werden. Zusätzlich muss ein Kandidat die Unterstützung von mindestens 10 Delegierten, in Form von Unterschriften, dem LSV mit seiner Kandidatur übermitteln, damit diese zulässig ist.
- §15d: Jedem/r Kandidaten stehen fünf Minuten zu, um seine/ihre Kandidatur zu verteidigen. Nachdem alle Kandidaten gesprochen haben, erfolgt eine Abstimmung. Die drei Kandidaten, die die größte Anzahl von Stimmen auf sich vereinigen konnten, werden im nächsten Schuljahr respektive erste/r, zweite/r und dritte/r SiP-PräsidentIn.
- §16: Die Präsidiale darf, sollte sie es für nötig halten, weitere Schüler als Schriftführer u. ä. zuziehen. Sie muss jedoch bei Beginn eines jeden SiP ihre Entscheidung und Wahl in dieser Sache kommunizieren.

2

GO-Ausschüsse statt GO-SIPs!

Moritz Happerger - HLTW 13 Bergheidengasse

angenommen abgelehnt

Viel zu häufig nehmen GO-Anträge zu viel Zeit bei den Sitzungen des SIPs, sodass für die inhaltlichen Hauptanträge oftmals wenig Zeit bleibt. Selbstverständlich habe auch ich mit meinen zahlreichen GO-Anträgen auch ein Stück weit dazu beigetragen.

Die Geschäftsordnung ist zweierlei: Die einen lieben sie, die anderen hassen sie – und das ist legitim so. Daher schlage ich vor, alle GO-Anträge automatisch einem Ausschuss zuzuweisen, der zumindest zwischen dem 1. und dem 2. und zwischen dem 3. und dem 4. SIP tagen soll.

Überlassen wir die Paragrafenreiterei den GO-Fans, damit mehr Zeit für unseren gemeinsamen Kampf zu Verbesserung des Alltags von SchülerInnen Wiens bleibt.

Forderungen:

- §§ 42, 43 der Geschäftsordnung werden gänzlich durch Folgendes ersetzt:
- § 42a
Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung sind wie Hauptanträge einzubringen; am Anfang des jeweiligen SIPs hat dann der Vorsitz kundzumachen, welche GO-Anträge eingelangt sind, dass diese dem GO-Ausschuss zugewiesen werden und hat sodann eine Frist zur Anmeldung für diesen Ausschuss zu verlautbaren, wobei die Antragsteller/innen automatisch Mitglieder sind; im Übrigen setzt sich der GO-Ausschuss gemäß der Bestimmungen des § 25b zusammen. Der GO-Ausschuss wird von der LSV organisiert und geleitet.

2

GO-Ausschüsse statt GO-SIPs!

Moritz Happerger - HLTW 13 Bergheidengasse

angenommen

abgelehnt

- §42b
Der GO-Ausschuss fasst mit Zweidrittelmehrheit einen Bericht, in dem er dem SIP Änderungsvorschläge abgibt.
- §42c
Der GO-Ausschuss wählt einen Berichterstatter, der für den Bericht im darauffolgenden SIP eine Begründung abgibt; diese Wortmeldung darf fünf Minuten nicht überschreiten.
- §43d
Über den Bericht wird ohne Debatte abgestimmt.
Die Geschäftsordnung ist geändert, wenn der Bericht des GO-Ausschusses im darauffolgenden SIP mit Zweidrittelmehrheit angenommen wird.

3

Für einen kostenfreien Zugang zum Wiener Schüler_innenparlament!

Mario Dragnev - Erich Fried Realgymnasium

angenommen

abgelehnt

Da in der vergangenen Woche (Stand: 15.12.2019) von der LSV Niederösterreich ein gewisser Betrag – nämlich 5 Euro – festgesetzt wurde, damit man als gewählte_r Vertreter_in bei dem Niederösterreichischen Schüler_innenparlament teilnehmen darf, stelle ich nun diesen Geschäftsordnungsantrag.

Momentan ist es in Wien ja so, dass das Schüler_innenparlament für alle Delegierten kostenlos ist – und das soll auch so bleiben!

Wo kommen wir nur hin, wenn man für die eigene Pflicht, nämlich als Schüler_innenvertreter_in zum Schüler_innenparlament zu gehen, einen gewissen Geldbetrag zahlen muss? Ist das wahre und gelebte Demokratie? Ich glaube nicht!

Forderungen:

- Erweiterung des §44 auf: „Mit der Teilnahme an der Sitzung, für welche keine Eintrittsgebühr, oder dergleichen verlangt werden darf, akzeptieren alle Delegierten und Gastdelegierten diese Geschäftsordnung und verpflichten sich zu ihrer Einhaltung.“

4

GO Antrag – Klarheit bei Abstimmungen schaffen!

Tobias Stockenhuber–Hertha Firnberg Schulen

angenommen abgelehnt

Um einen Hauptantrag zur Abstimmung zu bringen, muss dieser einen meist längeren Prozess von Erweiterungs-, Änderungs- und Streichungsanträgen durchlaufen. Dabei ist es für die meisten Delegierten im SIP schwer den Überblick zu behalten. Vor allem dann, wenn es zur Abstimmung des Hauptantrags mit allen angenommenen Änderungen kommt.

Die LSV kann nicht von jedem und jeder erwarten, sich den genauen Wortlaut einer jeden Erweiterung, Änderung oder Streichung zu notieren, nur um vor der Abstimmung des Hauptantrags zu wissen, worüber man eigentlich gerade abstimmt.

Da die LSV während des SIP's ohnehin die Änderungen verschriftlicht, ist es weder ein zeitlicher noch arbeitsmäßiger Mehraufwand, die finale Form des Hauptantrags vor dessen Abstimmung zu verlesen.

Forderungen:

- Erweiterung des §22 um:
„Der Vorsitz hat die Pflicht die Forderungspunkte eines zur Abstimmung gebrachten Hauptantrags, unter Berücksichtigung aller angenommenen Erweiterungs-, Änderungs- und Streichungsanträge (also die Endfassung), vor dessen endgültiger Abstimmung zu verlesen.“

5

Ankündigungsfrist

Tobias Stockenhuber - HLTW Herta Firnberg Schulen

Daniela Winkler – Bafep 8



angenommen



abgelehnt

Jeder und jede Schüler*in Wiens hat die Möglichkeit, am SIP teilzunehmen, und Anträge für dieses Gremium einzusenden, bis zu drei Schüler*innenvertreter*innen pro Schule stimmen dann über diese Anträge ab.

Doch um eine realistische Chance zu haben, den Antrag beim SIP diskutieren zu können, muss dieser genau 30 Tage von dem SIP eingesendet werden, da er sonst sehr weit hinten gereiht wird.

Momentan muss die LSV laut Geschäftsordnung die Schulleitung fünf Wochen vor dem nächsten SIP verständigen. Damit bleibt interessierten Schüler*innen nur eine Woche, um ihre Anträge zu verfassen, sofern sie überhaupt von der Schulleitung informiert wurden.

Deshalb sollte die momentane Regelung geändert werden. Um mehr Schüler*innen zu erreichen, soll die LSV das Datum des nächsten SIP's auf all ihren Social-Media-Kanälen sowie auf ihrer Website mindestens sechs Wochen vor dem Termin veröffentlichen.

Forderungen:

- Änderung des §39 auf:
„Die LSV ist dazu verpflichtet, den Termin des jeweils nächsten SIP's mindesten sechs Wochen vor der Sitzung auf all ihren Social-Media-Kanälen sowie auf ihrer Website zu veröffentlichen. Weiters müssen sie die Schulleitungen innerhalb derselben Frist über den Termin informieren.“

6

SIPs transparenter gestalten

Mirjam Berner - Feldgasse

Tobias Stockenhuber - HLTW Hertha Firnberg Schulen



angenommen



abgelehnt

Auf Wiener SIPs wird über die Forderungen der Wiener Schüler*innen diskutiert und abgestimmt. Viele Schüler*innen haben allerdings nicht die Möglichkeit an allen SIPs teilzunehmen. Es ist sehr schwer zu erfahren, welche Themen beim SIP diskutiert und welche Änderungen der GO beschlossen wurden, wenn man selbst nicht anwesend war.

Es ist daher wichtig alle Änderungen so schnell wie möglich online zu stellen, damit sie für jede und jeden einsehbar sind. Moment gibt es noch keine genaue Angabe, wann Änderungen der GO auf der Website aktualisiert werden müssen. Wir fordern daher eine Erweiterung des §33. Die LSV soll von nun an sieben Tage nach der Sitzung die GO auf ihrer Website aktualisieren, unter Berücksichtigung von allen angenommen GO-Anträgen.

Zusätzlich soll es auch für Schüler*innen, die nicht an der Sitzung teilnehmen konnten, einfacher werden zu erfahren welche Anträge diskutiert wurden und wie die Abstimmungen ausgefallen sind. Eine einfache Lösung für dieses Problem wären die Protokolle der Sitzung. Diese werden bereits während des SIPs geschrieben. Noch ist nicht klar, was genau in diesen Protokollen dokumentiert wird. Wir fordern daher, dass der Antrag selbst, alle Abänderungs-, Erweiterungs- und Streichungsanträge, die Anzahl der Wortmeldungen und das Ergebnis der Abstimmung schriftlich festgehalten werden. Die LSV soll zusätzlich die Protokolle auf ihrer Website für alle zugänglich veröffentlichen und dort archivieren. Dadurch hätten alle interessierten Personen die Möglichkeit, sich unkompliziert über die Inhalte des SIPs zu informieren.

6

SIPs transparenter gestalten

Mirjam Berner - Feldgasse

Tobias Stockenhuber - HLTW Hertha Firnberg Schulen

angenommen

abgelehnt

Außerdem fordern wir, dass alle bisher geschriebenen SIP-Protokolle ebenfalls auf der LSV-Website veröffentlicht werden. Dadurch können wir Schüler*innen uns einen Überblick darüber verschaffen, welche Themen in den letzten Jahren beim SIP diskutiert und welche Anträge bereits mehrmals positiv abgestimmt wurden, aber immer noch nicht Teil des politischen Diskurses sind.

Forderungen:

- Erweiterung des §33:
„Die LSV soll spätestens sieben Tage nach dem SIP die GO auf ihrer Website unter berücksichtig der angenommen GO-Anträge aktualisieren.“
- § 46 soll zur Geschäftsordnung hinzugefügt werden:
„Die LSV ist dazu verpflichtet während der gesamten Sitzung Protokoll zu führen. Dieses muss beinhalten: den diskutierten Antrag, alle Abänderungs-, Erweiterungs- und Streichungsanträge, die Anzahl der Wortmeldungen und das Ergebnis der Abstimmung. Das Protokoll muss spätestens sieben Tage nach dem SIP auf der LSV-Website für alle zugänglich veröffentlicht und dort archiviert werden.“
- Die LSV soll alle, noch vorhandenen Protokolle von älteren SIPs spätestens 30 Tage nach dem SIP am 13.01.2020 ebenfalls auf ihrer Website veröffentlichen

7

GO-Antrag der LSV Wien

Nina Lewna - VBS Hamerlingplatz

Marim Atta -BS für Chemie, Grafik und gestaltende Berufe

Sarah Juricek - Hertha Firnberg Schulen

angenommen

abgelehnt

Die diesjährige LSV bemüht sich, das SiP so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten.

Bei unserem ersten SiP sind uns allerdings Bereiche aufgefallen, in denen der Aspekt Umweltschutz die letzten Jahre nicht genug beachtet wurde. Unter anderem die riesige Papierverschwendung, welche die Kopien der Geschäftsordnung, des Tätigkeitsberichts und des Finanzberichts mit sich bringen. Besonders als Umweltreferat der LSV Wien finden wir, dass dies geändert werden muss.

Deswegen fordern wir, dass sowohl die GO, als auch der Tätigkeits- und Finanzbericht, nicht mehr in jeder Delegiertenmappe aufscheinen müssen. Hingegen wollen wir das digitale Anschauen der GO auf der LSV-Website fördern und die zwei Berichte mündlich vorstellen. Da uns bewusst ist, dass es eventuell nicht für jede und jeden Delegierten möglich ist, die GO online abzurufen, wird es die Möglichkeit geben, bei Bedarf eine ausgedruckte Version zu bekommen.

Verringern wir die Papierverschwendung des Wiener SchülerInnenparlaments und stimmen für diesen Antrag!

Forderungen:

- §17 Ein Hauptantrag stellt ein schulpolitisches Thema anhand einer Beschreibung und mindestens eines Forderungspunktes dar. Die gesammelten Hauptanträge der aktuellen Sitzung sind zu Sitzungsbeginn von der LSV auszugeben. Die Geschäftsordnung wird online auf der Website der LSV zur Verfügung gestellt. Sollte der/die Delegierte keine Möglichkeit haben, die GO auf einem elektronischen Gerät aufzurufen, kann er/sie bei Bedarf eine Kopie der Geschäftsordnung bei der rechten Hand des Vorsitzes verlangen.

8

Schluss der Debatte

David Zehner – Sir Karl Popper Schule

angenommen abgelehnt

Es ist sehr wichtig, dass jede*r Schüler*in das Recht hat, seine*ihre Meinung zu einem Sip Antrag zu zeigen und vor den anwesenden Schüler*innenvertreter*innen zu den diskutierten Sip Anträgen zu äußern. Dies kann in Form von Abänderungsanträgen, Erweiterungsanträgen und Streichungsanträgen geschehen. Dadurch ist gesichert, dass jede Person ihre Meinung zum Ausdruck und zu Abstimmung bringen kann und sich somit aktiv in den Prozess des Schüler*innenparlaments einbringen kann.

Doch was passiert, wenn ich nicht mehr in der Lage bin, meine Idee zur Verbesserung eines Antrags zu stellen?

Um dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen, fordere ich, dass mit sofortiger Wirkung der §24 der Go abgeändert wird in: Sollte der Antrag (gemeint ist Schluss der Debatte) angenommen werden, verfallen alle offenen, bisher eingebrachten Wortmeldungen, (Abänderungsanträge, Erweiterungsanträge und Streichungsanträge, die vor dem Schluss der Debatte eingereicht wurden, werden noch behandelt) zur aktuellen Debatte und es folgt die Abstimmung

Forderungen:

- Abänderung des §24 auf:
„Es gibt die Möglichkeit nach 20-minütiger Debatte – oder nach zehn Minuten mit Zustimmung des/der Antragsteller/in – einen Antrag auf Schluss der Debatte zu stellen. Dieser ist schriftlich mit dem zu Verfügung gestellten Formular bei dem/der Vorsitzenden einzubringen. Sollte der Antrag angenommen werden, verfallen alle offenen, bisher eingebrachten Wortmeldungen. Abänderungs-, Erweiterungs- und Streichungsanträge, die vor dem Schluss der Debatte eingereicht wurden, werden noch behandelt. Danach folgt sofort die Abstimmung. Zur Annahme eines solchen Antrags ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.“

9

Mehr Mitbestimmung für die SchülerInnen-Vertretung!

Dilovan Shekho – Berufsschule für Bürokaufleute

angenommen abgelehnt

Geschäftsordnung?? Dieses Wort hört sich erstmal langweilig und kompliziert an. Es scheint als hätte sie nur mit Paragraphen zu tun, die niemand von uns genau versteht.

Die Geschäftsordnung ist die Grundbasis für eine effektive Durchführung einer wirksamen, attraktiven und aufbauenden Sitzungs-Debatte.

In unserer Geschäftsordnung finden sich viele Punkte, die nicht genau definiert sind und eben diese Punkte werden von bestimmten Personen unterschiedlich ausgelegt, obwohl diese uns alle als Schüler*Innen & Lehrlinge betreffen.

Wir als Schüler*Innenvertretung sollten die Chance haben mitzubestimmen, da wir von den Schüler*Innen gewählt wurden und nicht von bestimmten Schüler*Innen-Organisationen.

Ich habe die jetzige Geschäftsordnung studiert und eigene Paragraphen gefunden, die nicht in unserem Sinne sind. Das SiP fordert folgende Punkte in der Geschäftsordnung abzuändern:

Momentane Formulierung der Geschäftsordnung:

- §18b Hauptanträge, die in einer Sitzung des SiP debattiert wurden, dürfen nicht erneuert im selben Schuljahr eingereicht werden; über die Zulassung dieser Anträge entscheidet im Zweifelsfall die LSV.
- §25a Jede/r ordentliche Delegierte hat die Möglichkeit einen Antrag auf Vertagung in einen SiP- Ausschuss zu einem Hauptantrag zu stellen nachdem dieser vorgestellt wurde. Wird der Antrag angenommen, wird der Ausschuss nach der Sitzung von der LSV organisiert und die Debatte über den Antrag wird auf den Ausschuss vertagt. Die Ergebnisse müssen bei der nächsten Sitzung im Zuge der Hauptanträge präsentiert und direkt abgestimmt werden, es gibt keine neuerliche Debatte. Ausschüsse, die beim letzten SchülerInnenparlament des Jahres beschlossen wurden, werden noch im selben Schuljahr abgehalten und das Ergebnis auf der Homepage veröffentlicht.

9

Mehr Mitbestimmung für die SchülerInnen-Vertretung!

Dilovan Shekho – Berufsschule für Bürokaufleute

angenommen abgelehnt

Forderungen:

- §18b Hauptanträge, die in einer Sitzung des SiP debattiert wurden, dürfen nicht erneut im selben Schuljahr eingereicht werden; sollte ein solcher Antrag erneut eingereicht werden kommt es zur Abstimmung über die Zulassung. Die Abstimmung erfolgt durch die ordentlich Delegierten Mitglieder des SiP. Der Antrag wird zugelassen, wenn 2/3 der ordentlich Delegierten sich für diesen Antrag aussprechen. Bei positivem Ausgang der Abstimmung wird er der Antrag der Tagesordnung beigefügt.
- §25a Jede/r ordentliche Delegierte hat die Möglichkeit einen Antrag auf Vertagung in einen SiP-Ausschuss zu einem Hauptantrag zu stellen nachdem dieser vorgestellt wurde. Wird der Antrag angenommen, wird der Ausschuss nach der Sitzung von der LSV organisiert und die Debatte über den Antrag wird auf den Ausschuss vertagt. Die Ergebnisse müssen bei der nächsten Sitzung des SiP als eigener Tagesordnungspunkt behandelt werden. Ausschüsse, die beim letzten SchülerInnenparlament des Jahres beschlossen wurden, werden noch im selben Schuljahr abgehalten und das Ergebnis auf der Homepage veröffentlicht.

10

SiP-Ausschuss? - Was ist das nochmals?

Dilovan Shekho – Berufsschule für Bürokaufleute

→ angenommen abgelehnt

Durch das SiP wird uns Schüler*Innenvertretung die Möglichkeit gegeben sich schulpolitische zu verwirklichen, zu entfalten und mitzugestalten. Mitgestaltung ist ein Wort, dass niemand von uns leichtsinnig in den Mund nimmt.

Da jedeR von uns mitgestalten möchte, sollte auch jedeR von uns die Möglichkeit dazu haben. Deswegen denke ich, dass jedeR von uns die Möglichkeit haben sollte Mitglied des SiP-Ausschusses zu sein. Ich denke nicht, dass eine Limitierung auf 10 Leute pro Ausschuss sinnvoll ist, da auf diesem Wege viele verschiedene Meinungen einfach durch den Rost fallen.

Deswegen fordert das SiP die Geschäftsordnung wie folgt abzuändern:

Momentane Formulierung der Geschäftsordnung:

§25b Ein SiP-Ausschuss darf bis zu zehn Mitglieder haben. Erklären sich mehr als zehn Delegierte bereit, dem Ausschuss anzugehören, so entscheidet das Los welche Delegierten dem Ausschuss angehören werden. Den Vorsitz in den Ausschüssen hat ein Mitglied des Präsidiums inne; im Übrigen findet die Geschäftsordnung des SiP gleichermaßen und sinngemäß auf die Arbeit der Ausschüsse Anwendung.

Forderungen:

- §25b An einem SiP-Ausschuss darf jedeR SchülerIn teilnehmen. Den Vorsitz in den Ausschüssen hat ein Mitglied des Präsidiums inne; im Übrigen findet die Geschäftsordnung des SiP gleichermaßen und sinngemäß auf die Arbeit der Ausschüsse Anwendung.

1

6 mal Nein? - Ok, Boomer!

Lena Seidinger - St. Ursula

Antonia Pettauer - Friesgasse



angenommen



abgelehnt

6 Mal stimmte der Wiener Landtag gegen die SIP-Verankerung.
Wir sagen dazu nur: Ok Boomer!

Wie kann es sein, dass das SchülerInnenparlament als höchstes beratendes Gremium der Landesschülervertretung, und als eine der wichtigsten Mitsprachemöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, noch immer nicht gesetzlich verankert ist?

Wir fragen uns: Welchen Sinn hat unser Engagement, unser Mitdenken und unsere Bemühungen? Denn derzeit ist das SIP rein rechtlich nicht mehr als eine einfache LSV-Veranstaltung. Es ist nicht verpflichtet, dass es abgehalten werden muss, und es gibt keine festgelegten Regelungen was die Politik mit den positiv abgestimmten Anträgen eigentlich machen soll. Deswegen verstauben sie zumeist in Schubladen der Wiener Landtagsabgeordneten, und Eure Anliegen werden nicht umgesetzt.

Wir fragen uns: Wieso stehen wir jetzt gerade hier und diskutieren über Bildungspolitik, wenn uns die Politikerinnen und Politiker nicht ernst nehmen und es keine gesetzliche Grundlage gibt, dass sie sich mit unseren Anliegen befassen?

6 Mal wurde der Antrag zur SIP-Verankerung im Wiener Landtag eingebracht. 6 Mal wurde der Antrag zur SIP-Verankerung im Wiener Landtag abgelehnt. Wir wollen die Chance der Landtagswahlen 2020 nutzen und die SIP-Verankerung in die Wahlprogramme der kandidierenden Parteien bringen, um das Mitspracherecht aller

230 000 Schülerinnen und Schülern Wiens gesetzlich zu verankern.

1

6 mal Nein? - Ok, Boomer!

Lena Seidinger - St. Ursula

Antonia Pettauer - Friesgasse

angenommen

abgelehnt

Die gesetzliche Verankerung des Wiener SIPs bedeutet ein Zeichen des Ernstnehmens vonseiten der Politik. Unser Ziel ist die Evaluierung und Verbesserung des österreichischen Bildungssystems, und da sind wir als Schülerinnen und Schüler die Experten. Das SIP ist für uns das Mittel zum Zweck, um unsere Expertise in die Bildungspolitik einfließen zu lassen - allerdings fehlt dabei zurzeit die rechtliche Grundlage.

Forderungen:

- Das Wiener SIP muss vier mal im Jahr im Wiener Landtagssaal des Rathauses tagen
- Die positiv abgestimmten Anträge müssen im Bildungsausschuss des Wiener Landtages diskutiert werden
- Innerhalb von einem Monat muss der LSV ein Statement mit Maßnahmen zur Umsetzung der Anträge geschickt werden, welches sie beim nächsten SIP präsentiert

2

Aufklärung JETZT!

Emmeraude Banda - HTL Donaustadt

angenommen abgelehnt

Das erste Jahr in der Oberstufe kann für viele Schüler_innen ein harter Einstieg sein. Viele Lehrpersonen, Schüler_innen sowie Expert_innen stellen fest, dass der Wechsel von der Sekundarstufe 1 zur Sekundarstufe 2 einer der schwierigsten Umstiege in der Schullaufbahn ist. Einige Gründe dafür sind beispielsweise der Wechsel von Lehrpersonen, Lehrstoff, Räumlichkeiten und Klassenkolleg_innen. Dazu kommen dichtere Intervalle von Tests, Schularbeiten, Präsentationen und Prüfungen.

Daraus resultiert Orientierungslosigkeit da viele Schüler_innen nicht wissen, was sie wann zuerst machen sollen. Ohne richtig angewandtes Zeitmanagement werden noch mehr Schüler_innen unter Leistungsdruck leiden, was vermehrt zu psychischen Stress führen wird.

Um dieses Problem beheben zu können braucht es Aufklärung und das nicht erst in 2, 3 oder 4 Jahren; sondern JETZT!

Deshalb soll in den ersten zwei Wochen der Oberstufe eine Aufklärungsveranstaltung in Form von Projekttagen stattfinden, bei denen alle Schüler_innen über die kommende Zeit in der Oberstufe informiert werden. Außerdem sollen Tipps und Tricks zum „Überleben“ im Bildungssystem gegeben werden sowie alle Informationen über die Reife -und Abschlussprüfung.

2

Aufklärung JETZT!

Emmeraude Banda - HTL Donaustadt

angenommen abgelehnt

Forderungen:

- In den ersten zwei Wochen einer ersten Klasse der Sekundarstufe 2 soll es eine Veranstaltung geben bei der alle Schüler_innen über die geforderten Leistungen der Oberstufe aufgeklärt werden sollen. Weiters sollen Tipps und Tricks zum
- Die Schüler_innen der ersten Schulstufe sollen bei einer weiteren Veranstaltung über die Reife -und Abschlussprüfung detailliert informiert werden. Weiters sollen Tipps und Tricks zum Schulltag gegeben werden.

3

Pädagogische Leitung von Schulleitung trennen!

Jakob Gonano - Neulandschule Laaerberg

angenommen abgelehnt

Direktorinnen und Direktoren haben viele Aufgaben! Zu viele? Ja! Die Schulleiterin oder der Schulleiter muss ihre oder seine Schule sowohl organisatorisch, als auch finanziell lenken, nach außen vertreten und pädagogische Entscheidungen in der Schule treffen. Diese unterschiedlichsten Aufgaben sind sehr schwer zu bewältigen. Das führt dazu, dass Direktorinnen und Direktoren die vor ihrer Bestellung noch in den Klassenräumen gestanden sind und unterrichtet haben, nun keine Zeit mehr dafür haben. Als Lehrperson kann man den Unterricht beobachten, Fehlverhalten von Schülerinnen und Schülern wahrnehmen und man bekommt das soziale Zusammenleben in der Schule jeden Tag hautnah mit. Wenn man aber nicht mehr unterrichtet, dann kann man nicht mehr so schnell Problemsituationen erkennen. Doch keine Person in einer Schule ist für die Kontrolle des Verhaltens von Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern und die Prävention von psychischer oder physischer Gewalt wichtiger, als die Schulleiterin oder der Schulleiter.

Daher ist es notwendig den Posten der Schulleitung in eine pädagogische Leitung und eine Schulleitung zu trennen. Die Schulleitung ist für organisatorische, administrative und finanzielle Angelegenheiten zuständig, während die pädagogische Leitung für schulinterne Schwerpunktsetzungen, Projekte, Stundentafel und die Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft zuständig ist. Die Schulleitung muss nicht unbedingt eine Lehrperson sein, doch die pädagogische Leitung muss ausnahmslos zur Lehrerschaft einer Schule gehören, selbst unterrichten und eine pädagogische Ausbildung haben. Somit kann diese viel besser den Überblick über das Zusammenleben in der Schule behalten und kann im Ernstfall schnell und möglichst effektiv reagieren. Repräsentative Aufgaben und die Zusammenarbeit mit der Schulgemeinschaft müssen zwischen den beiden Posten aufgeteilt werden. Um das zu machen ist eine genaue Einteilung der jeweiligen Zuständigkeiten wichtig.

3

Pädagogische Leitung von Schulleitung trennen!

Jakob Gonano - Neulandschule Laaerberg

angenommen abgelehnt

Forderungen:

- Trennung des Posten der Schulleitung in eine pädagogische Leitung, die Teil der Lehrerschaft sein muss und eine Schulleitung.
- Eine Schulleitung die nur für organisatorische, administrative und finanzielle Angelegenheiten zuständig ist.
- Eine pädagogische Leitung die für schulinterne Schwerpunktsetzungen, Projekte, Stundentafel und die Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft zuständig ist.
- Eine der Funktion entsprechende autonome Kompetenzaufteilung, sowohl im Bereich der repräsentativen Aufgaben, als auch bei der Zusammenarbeit mit der Schulgemeinschaft, am Schulstandort.

4

Schuldemokratie jetzt!

Martin Reiterer - GRG 21 Ödenburgerstraße

Maria Marichici - Antonkriegergasse



angenommen



abgelehnt

Als SV ist es unsere Pflicht, die Interessen der Schüler_innen unserer Schule so gut wie möglich zu vertreten. Jedoch funktioniert diese Selbstverständlichkeit leider längst nicht an allen Schulen. Darum muss sich hier die LSV aktiv für eine Verbesserung einsetzen.

Eines der wichtigsten Tools für SVen ist die Klassensprecher_innenkonferenz. Eine SV hat das Recht, fünf Unterrichtsstunden im Semester eine derartige Konferenz abzuhalten. Das Problem: Nur sehr wenige SVen machen aktiv von ihrem Recht Gebrauch.

In einem hektischen Schulalltag stellt der Kontakt zwischen der Schüler_innenvertretung und den Schüler_innen meist ein großes Problem dar. Sprechstunden der SV könnten hier Abhilfe schaffen. Was an einigen (Privat-)Schulen bereits Realität ist, muss überall möglich werden.

Eine weitere Möglichkeit, die Schuldemokratie zu stärken, stellen die internen Schüler_innenparlamente (SIPs) dar. Ein internes SIP bietet sehr viele Vorteile und erleichtert auch der SV die Umsetzung der Anträge. Die Wiener Landesschüler_innenvertretung hat hierzu einen online Guide auf der Website veröffentlicht. Ich war schon bei der Organisation eines schulinternen SIPs beteiligt und musste leider feststellen, dass im Leitfaden der LSV Wien davon ausgegangen wird, dass das interne SIP so weit wie möglich dem SIP der LSV Wien nachempfunden werden soll. Leider müssen aber viele SVen mit wesentlich schlechteren Grundvoraussetzungen ein SIP organisieren. Der Leitfaden sollte mehr Alternativen und Möglichkeiten zur Problembeseitigung aufzeigen.

Forderungen:

- Die LSV Wien setzt sich für eine gesetzliche Verpflichtung der SVen zur Durchführung einer Klassensprecher_innen Konferenz im Ausmaß von mindestens einer Unterrichtsstunde pro Semester ein

4

Schuldemokratie jetzt!

Martin Reiterer - GRG 21 Ödenburgerstraße

Maria Marichici - Antonkriegergasse

angenommen

abgelehnt

- Die LSV Wien setzt sich dafür ein, dass Schüler_innenvertretungen das Recht bekommen zwei Sprechstunden pro Monat am Vormittag zu Veranstalten. Alle betroffenen Personen werden entschuldigt.
- Der online Guide der LSV Wien bezüglich schulinternen SIPs wird erweitert, um jeder Schule ein individuell auf sie abgestimmtes SIP zu ermöglichen. Die LSV befragt dabei SVen die bereits Erfahrungen damit gemacht haben, was sie ergänzen würden.

5

Gratis öffentliche Verkehrsmittel für Jugendliche

Magdalena Hentschel - Fachschule der Dominikanerinnen

angenommen abgelehnt

Wien ist die lebenswerteste Stadt der Welt. Zu verdanken haben wir dies den Wiener_innen. Auf ein Verkehrssystem, welches uns verbindet, vernetzt und gleichzeitig auch umweltbewusst ist, können wir nur stolz sein!

Doch ist es auch für alle Wienerinnen und Wiener fair? – nein, denn warum müssen sich Stadtbewohner_innen in den Randbezirken mit langen Intervallen oder mit viel zu wenig Angebot herumschlagen, während die inneren Bezirke mit Bussen, Bims und U-Bahnen etc. flächendeckend vernetzt sind.

Wie schafft man es, das öffentliche Verkehrssystem noch attraktiver zu machen? Damit man es besser wahrnehmen kann, muss es auch leistbar sein - besonders für Jugendliche. Während der Ausbildung sollten sich Schüler_innen auf eine städtische Mobilität verlassen, die kostengünstig und flächendeckend sein muss.

Die Kosten für dieses Privileg können sich die meisten Auszubildenden nicht leisten und sind von den Erziehungsberechtigten angewiesen.

Neben den Lebenserhaltungskosten, wird mit diesem einmaligen System die Geldbörse finanziell stark belastet, unabhängig ob es sich um ein oder mehrere Kinder handelt. Die durchschnittliche Anzahl an Kindern einer österreichischen Familie beträgt zwei, dadurch fallen bereits mit dem Top-Jugendticket 140€ jährlich an, die stattdessen in die Bildung der Kinder investiert werden kann.

Forderungen:

- Die Umsetzung von gratis öffentlichen Verkehrsmittel bis 24 Jahren
- Den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel in den Randbezirken

6

Schluss mit der Papierlawine!

Arion Selmanaj - Parhamergymnasium GRG17

angenommen

abgelehnt

In einer Welt, in der Technologien immer fortgeschrittener und für die breite Masse verfügbarer werden, wird leider viel zu oft auf altmodische und analoge Methoden zurückgegriffen. Vor allem jetzt, wo Umwelt nicht wichtiger sein könnte, wird in den Schulen weiterhin hemmungslos Papier in Massen gekauft und auch benutzt. Meist sogar für Dinge, die auf einem Beamer, einem Laptop oder sogar auf einem Handy erledigt werden könnten. Ich spreche hier von Berichten, Lesehausübungen, Aufgaben, Listen und vielem mehr.

Es gibt unzählige Plattformen, die es sowohl Lehrern als auch Schülern ermöglicht, nötige Informationen weiterzugeben. Google Classroom, Drive, Dropbox und viele mehr. Trotzdem weigern sich viele Lehrerinnen und Lehrer diese Plattformen zu nutzen. Sei es aus Angst vor Veränderung, Angewohnheit oder aus einfacher Faulheit: Die Schule und das Bildungssystem sind methodisch im Stillstand, was dafür sorgt, dass tausende von unsinnigen Blättern im Jahr verbraucht werden, welche am Ende des Jahres sowieso meist weggeschmissen werden.

Aus diesem Grund sollten Lehrerinnen und Lehrer notwendigerweise verpflichtende Einführungskurse besuchen müssen. Durch das Lernen des nötigen Know-hows, als auch durch das Vorzeigen der vielen Vorteile, die die Digitalisierung mit sich bringt, schafft man es nun endlich auch in der Schule, im 21. Jahrhundert anzukommen. Damit sich auch unser Bildungssystem wieder weiterbewegt!

Forderungen:

- Verpflichtende Einführungskurse für Lehrerinnen und Lehrer ab der 5. Schulstufe zum Thema Digitalisierung. Diese finden für alle Lehrerinnen und Lehrer alle 2 Jahre statt.

6

Schluss mit der Papierlawine!

Arion Selmanaj - Parhamergymnasium GRG17

angenommen

abgelehnt

- Allgemeine Verringerung des Papierverbrauchs durch das Fördern der digitalen Weitergabe von Wissen und Aufgaben mithilfe von Plattformen wie Google Classroom oder Dropbox an die Schülerinnen und Schüler.
- Schülerinnen und Schüler dürfen im Unterricht Geräte wie Tablets, Laptops etc. zur Unterrichtsmitschrift benutzen.

7

Verpflichtende Mülltrennung an allen Wiener Schulen

Mirjam Berner - RG/WRG Feldgasse

angenommen abgelehnt

Nachhaltigkeit soll nicht nur auf den Klimademos jeden Freitag gefordert, sondern auch in der Schule gelebt werden. Im Schulalltag fällt täglich viel Müll an. Vieles von diesem ist recyclebar, doch leider wird in vielen Schulen noch kein Müll getrennt. Daher werden täglich riesige Mengen von Papier und Plastikflaschen einfach in den Restmüll geworfen.

Deswegen fordere ich verpflichtende Mülltrennung an allen Wiener Schulen. In jeder Klasse soll es zusätzlich zum Restmüll auch Behälter für Papier und Plastikflaschen geben. Dadurch ist es einerseits den Schüler*innen endlich möglich den Müll zu trennen, andererseits wird sichtbar, wie viel Müll überhaupt anfällt.

Die Mülltrennung soll von Schüler*innen organisiert werden. Zusammen mit den Klassensprecher*innen sollen auch zwei Ökobeauftragte gewählt werden. Diese sind dafür verantwortlich, dass die Klasse wie vorgesehen ihren anfallenden Müll trennt und die Papier- und Plastikflaschenmistkübel richtig entleert werden.

Wir als Schüler*innen müssen zusammenarbeiten um Nachhaltigkeit nicht nur zu fordern, sondern auch in der Schule zu leben.

Forderungen:

- Verpflichtende Mülltrennung an allen Wiener Schulen einführen
- Ausstattung jeder Klasse mit zwei zusätzlichen Mistkübeln für Papier- und Plastikmüll
- Auswahl zweier Ökobeauftragten pro Klasse. Die Auswahl soll gleichzeitig mit der Klassensprecher*innenwahl stattfinden. Die Ökobeauftragten sind dafür verantwortlich, dass die Klasse ihren anfallenden Müll trennt und das Papier und Plastikflaschen von der Klasse entsorgt werden.

Verbannt das Frischfaserpapier aus den Wiener Schulen

Tobias Stockenhuber- Herta Firnberg

angenommen abgelehnt

Viele Schüler*innen Wiens gehen regelmäßig auf die Straße, um für einen nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt zu demonstrieren. Ihre Schilder sind meist aus alten Karton. In den meisten ihrer Schule wird trotzdem täglich massenhaft Papier verschwendet.

Unzählige Arbeitsblätter und Angaben-Zettel werden bedruckt, ausgeteilt, einmal durchgelesen und bearbeitet. Nachher kontrolliert sie die Lehrperson. Und dann? Danach werden die Zettel bestenfalls ein paar Wochen aufgehoben, dann weggeworfen. Ausgefüllte Arbeitsblätter werden nie weiterverwendet und Angaben-Zettel meistens nicht öfter.

Aber es gibt bereits Alternativen! Recycling Papier hat, außer einer leicht gräulichen Farbe, keine Nachteile. Es kann problemlos für Arbeitsblätter, Angaben Zettel und ähnliches verwendet werden.

Diese Papierverschwendung muss ein Ende haben. Genau aus diesem Grund fordere die Einführung einer Recycling-Papier-Pflicht an allen Wiener Schulen

Lieber leicht gräuliches Papier als grauenhafte Ressourcenverschwendung.

Forderungen:

- Die Einführung einer Recycling-Papier-Pflicht an allen Wiener Schulen

9

Beihilfenreform jetzt!

Lisa Pareiss - Polgargymnasium

angenommen abgelehnt

Viele von uns betrifft es vielleicht nicht, doch wer betroffen ist und sich damit beschäftigt hat, ist unzufrieden damit: das österreichische Beihilfensystem.

In diesem Antrag geht es nicht nur um Oberflächlichkeiten, wie der erschreckenden Tatsache, dass die Beihilfen für sozial schwache Familien seit mehr als zehn Jahren nicht mehr an die Inflation angepasst wurden. Was die meisten nicht wissen, ist dass es abhängig von Alter, Noten und auch Herkunft ist, ob die jeweilige Person Beihilfen beanspruchen kann.

So stellt der Gesetzgeber beispielsweise für Beihilfen die Anforderung eines Notenschnittes von mindestens 2,9. Das bedeutet, dass manche Schüler_innen, die nicht soleistungsstark sind sich aufgrund dessen keine Nachhilfe leisten, weil ihre Eltern schlicht und weg zu wenig verdienen, um ihr Kind richtig fördern zu können. Solche Schüler_innen werden hiermit in eine Abwärtsspirale gedrängt. Wenn nämlich eine Schulstufe wiederholt werden muss, erlöscht dies auch die Ansprüche auf Förderungen.

Weiters können Beihilfen erst ab der zehnten Schulstufe beantragt werden, davor werden nur mehrtägige Schulveranstaltungen gefördert und dies auch nur in geringem Ausmaße. Allerdings fallen bekannterweise auch schon vor der Oberstufe erhebliche Kosten an, bereits die Einschulung ist für finanziell schwach aufgestellte Familien oft ein harter Brocken. Besteht dann endlich ein Anrecht auf Förderungen vom Staat, haben viele Kinder aus sozial schwachen Familien die Schule ohnehin schon abgebrochen, weil Bildung in Österreich noch immer vererbt wird.

9

Beihilfenreform jetzt!

Lisa Pareiss - Polgargymnasium

angenommen

abgelehnt

Forderungen:

- Die Abschaffung des Notendurschnittprinzips
- Der Anspruch auf Beihilfen nach dem Wiederholen einer Schulstufe
- Schulbeihilfen für Schüler_innen aller Schulstufen
- Erhöhung der Beiträge um mindestens 15%

10

Die wahren Betroffenen und Verursacher_innen des Klimawandels Lisa Pareiss - Polgargymnasium

angenommen abgelehnt

Wenn das Thema Klimawandel aufkommt, dann sind oft Plastik freie Tage und eine CO₂-Steuer im Gespräch. Doch wie oft wird über die wahren Verursacher_innen gesprochen? Dass 90 Konzerne für zwei Drittel des Klimawandels verantwortlich sind ist leider noch immer den wenigsten bekannt.

Genauso wenig werden die vielen Betroffenen in der Schule thematisiert. Denn 80% aller vom Klimawandel betroffenen Menschen sind Frauen*. Aufgrund von Naturkatastrophen, Umweltverschmutzung und gesellschaftlicher Unterdrückung sind Frauen* noch immer die, die am meisten vom Klimawandel benachteiligt werden. In Bangladesh sind im Jahre 1991 5x mehr Frauen* als Männer* aufgrund von Tsunamis oder Wirbelstürmen umgekommen. Ein anderes Beispiel sind die Rohstoffknappheiten die vorwiegend Frauen* betreffen, da sie diejenigen sind die diese, über mehrere Kilometer, zurück in ihre Dörfer tragen müssen.

Den Verursacher_innen sind diese Folgen bewusst und sie nehmen diese hin um ihren Profit zusteigern. Wenn die Reichsten der Erde 175x so viel CO₂ ausstoßen wie ärmsten 10% der Bevölkerung, dann kann nicht mehr geleugnet werden, dass Konzere die größte Umweltverschmutzung betreiben.

Forderungen:

- Die Thematisierung der wahren Verursacher_innen des Klimawandels und offener Konzerkritik fortlaufend ab der 1. Schulstufe
- Die Auseinandersetzung der Folgen des Klimawandels auf der ganzen Welt

Faire Beurteilung, jetzt!

Pascal Unger - AHS Albertgasse

angenommen abgelehnt

Wir Schüler_innen verdienen eine faire Beurteilung unserer Leistungen in der Schule. Ziffernoten können das nicht bieten.

Jede Beurteilung von Schüler_innen hängt ausschließlich von einer einzelnen Lehrkraft ab. Jede Lehrperson beurteilt aber unterschiedlich – was ja auch nur menschlich ist. Daher sind Beurteilungen, vor allem aber Noten, nicht zwischen Lehrer_innen vergleichbar, nicht zwischen Klassen vergleichbar, und schon gar nicht zwischen Schulen vergleichbar. Ein „Sehr gut“ bei einem Lehrer kann leicht ein „Befriedigend“ bei einer anderen Lehrerin sein und umgekehrt. Wir Schüler_innen wissen das und erleben das täglich.

Wir brauchen eine faire Benotung und die kann es nur in Form eines ausführlichen Feedbacks von den Lehrer_innen geben. Das unterscheidet sich zwar auch von Lehrkraft zu Lehrkraft, aber immerhin erfahren die Schüler_innen dann, was genau sie falsch gemacht haben, wo sie sich verbessern können und was sie dafür tun müssen. Das ist eine konstruktive Beurteilung! Eine schlichte „5“ sagt dagegen nicht aus und ist nur demotivierend. Am schlimmsten ist dies für die jüngsten Schüler_innen und daher sollten zumindest in den Volksschulen die Ziffernoten abgeschafft werden. Schlimm genug, dass diese willkürliche Beurteilung darüber entscheidet ob die Kinder in eine NMS oder AHS gehen können. Ziffernoten sind also unfair, nicht vergleichbar, motivieren nicht und sagen schon Garnichts über die Leistung der Schüler_innen aus – was ja auch schon viele Studien bewiesen haben. Daher sollten wir sie wenigstens den jüngsten Schüler_innen ersparen!

Forderungen:

- Die LSV setzt sich auf allen Ebenen nachdrücklich für die Abschaffung der Ziffernoten, zumindest in den Volksschulen, ein.

12

Fixes Budget für Schüler_innenvertretungen

Alfi Hossain - Camillo Sitte Bautechnikum

angenommen abgelehnt

Eines ist bei fast allen Projekten in der SV gleich: Nach der Ideenfindung und genauen Planung bleibt die Frage nach der Finanzierung noch länger unsicher. Wird die Elternvertretung zusagen? Oder zeigt sich die Direktion großzügig? Muss das Geld von der SV selbst verdient werden?

Bei der ersten SGA-Sitzung sind alle Schüler_innenvertretungen auch mit der Elternseite in Kontakt gekommen. Für viele SVen bedeutet diese die wichtigste finanzielle Hilfe bei der Umsetzung von Projekten- denn seien es Getränke für ein Sportfest, die Anschaffung eines Wasserkochers im Pausenraum oder einer SV-Pinnwand: Viele Ideen der Schüler_innenvertretung benötigen ein gewisses Startbudget.

Wünschenswert – und an manchen Schulen bereits umgesetzt – ist dabei ein Budget für die Schüler_innenvertretung, das nicht projektbezogen genehmigt wurde, sondern für kleine laufend anfallende Ausgaben genutzt werden kann. Das Budget soll Schüler_innenvertretungen dabei helfen, Projekte umzusetzen, ohne dabei auf die Gunst der Elternvertretung angewiesen zu sein. Ideen können unabhängiger geplant werden und rascher und flexibler umgesetzt werden, wenn nicht alle finanziellen Änderungen wieder rückbesprochen werden müssen.

Weiters bedeutet ein fixes SV-Budget auch eine gewisse Verantwortung für die Schüler_innenvertretung, das Geld wirtschaftlich zu nutzen und das Budget vielleicht durch kleine zusätzliche Aktionen aufzubessern, was wiederum Unabhängigkeit von der Elternseite schaffen würde.

Forderungen:

- Die LSV Wien setzt sich für ein verpflichtendes Schüler_innenvertretungsbudget ein
- Dieses Budget darf von Schüler_innenvertretung für ihre Ideen und Projekte genutzt werden und ist nicht zwingend an ein gewisses Projekt gebunden

13

Größere Wahlbeteiligung bei der Wahl der Schüler*innenvertretung

Sarah Juricek, Paul Rath, Tobias Stockenhuber, Eva Friedl, Nathalie Bergmann, Jonas Machreis

HLWT Hertha Firnberg Schulen

angenommen abgelehnt

Das größte Problem an der Schule ist die Motivation. Die Schule ist für die meisten Schüler_innen ein Ort, an dem sie den eintönigen Frontalunterricht verfolgen müssen. Die schwierigen Überprüfungen messen meist nur, wie gut man Informationen aus dem Kurzzeitgedächtnis abrufen kann. Kein Wunder, dass sich die meisten nicht auf die Schule freuen und die Motivation oft verloren geht.

Um dem entgegenzuwirken, muss man das Problem an der Wurzel bekämpfen – man muss die Beziehung zwischen Lehrer_innen und Schüler_innen stärken. Gegenseitiges Verständnis und Respekt ist die Basis für eine gute und produktive Schumatmosphäre, bei der Lehrer_innen die Wünsche der Lernenden erkennen und die Schüler_innen den Anforderungen der Lehrpersonen gerecht werden können. Außerdem müssen die Unterrichtsmethoden neu überdacht und an die Bedürfnisse der Klasse angepasst werden: Ein abwechslungsreicher Methodenmix an Projekten, Gruppenarbeiten und interaktivem Lernen muss den eintönigen Frontalunterricht aufbrechen. Methoden, die eigenständiges Lernen fördern, steigern nämlich erwiesenermaßen die Motivation fürs Lernen.

Beim Erbringen von Leistungen dürfen Motivation und Spaß am Lernen nicht auf der Strecke bleiben, denn nur durch einen abwechslungsreichen Unterricht eignet man sich langfristig Wissen an.

Ich sage immer: Manche Lehrer_innen unterrichten Schüler_innen und manche unterrichten Fächer.

Forderungen:

- Einführung eines Ersatztermins für die Schüler*innenvertretungswahl, der maximal eine Woche nach dem Hauptwahltermin stattfindet

14

Schulen begrünen!

Adrian Brandenburg – Franklinstraße 21

angenommen abgelehnt

Der Klimawandel ist eine Realität. Um dem Temperaturanstieg zu begegnen, der sich negativ auf das Lernklima und die Konzentration von uns allen auswirkt, muss eine Lösung her. Und welche ist einfacher, als ein paar Pflanzen an die exponiertesten und am schlechtesten isolierten Stellen unserer oft jahrzehntealten Schulgebäude zu setzen?

Städtische Institutionen machen es vor, bei Schulneubauten ist eine Fassadenbegrünung oft von Beginn an vorgesehen. Fordern wir also die Bundesimmobiliengesellschaft auf, zu handeln! Was ist günstiger und demonstriert Handlungsbereitschaft angesichts des Klimawandels besser als eine solche extensive bauliche Maßnahme? Stoßen wir diesen Prozess an!

Forderungen:

- Die LSV teilt den verantwortlichen Stellen der Bundesimmobiliengesellschaft den Willen der Wiener Schülerschaft mit.
- Die LSV verpflichtet sich, öffentlich Stellung pro nachträglicher Fassadenbegrünung an den staatlichen Wiener Schulen zu beziehen.

In den letzten Monaten ist Umweltschutz immer mehr in den Vordergrund gerutscht. Seit den Friday's for future Demos engagieren sich viele Jugendliche im Bereich Umweltschutz. Enttäuschenderweise wird an Schulen leider nicht so viel Wert gelegt. Dies soll sich endlich ändern. Für den Klimawandel und den damit verbundenen Umweltschutz soll an Schulen ein deutliches Bewusstsein geschaffen werden. Die Schule sollte uns darüber aufklären, was bei vielen entweder nur schwammig oder kaum durchgemacht wird. Erwachsene sagen: Das sind doch nur Kinder, die haben weder Ahnung noch Bereitschaft dafür. Unsere Antwort darauf: Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass unsere Umwelt sauber bleibt, denn es ist unsere Zukunft und sie hängt nur von uns ab.

Forderungen:

- stärkere Einbeziehung von Nachhaltigkeit und Umweltschutz an Schulen.
- Ökostrom, Recyclingpapier
- Förderung von Umweltschutzprojekten an Schulen
- funktionierende Mülltrennung
- Plastikverbot

16

„Arbeitsmonat“ ab Oberstufe

Niklas Orlicek – Neulandschule Grinzing

→ angenommen abgelehnt

„Die Schule bereitet uns aufs Leben vor“, doch das Leben besteht nicht aus Tests und Schularbeiten sondern aus harter Arbeit um sein Geld zu verdienen. Aktuell können Schüler Praktiken in den Ferien machen oder einen Nebenjob nach der Schule haben. Deshalb fordere ich, dass es für jede Schule verpflichtend ist vier unverbindliche Wochen bereitzustellen, in denen die Schüler ein Praktikum machen können

Forderungen:

- Mindestens vier Wochen, die vom Unterricht abgezogen werden, in denen die Schüler ein Praktikum machen können
- Verpflichtende Präsentation vor Direktor und Klassenvorstand nach dem Praktikum
- Schularbeitsstoff und Stoff müssen verpflichtend an Schüler/ Erziehungsberechtigte weitergeleitet werden

Die Gesellschaft sollte jedem Menschen unabhängig von seiner Herkunft ermöglichen, eine exzellente Bildung zu genießen. Der Staat investiert derzeit jedoch viel zu wenig in seine jüngsten Bürgerinnen und Bürger. Das gesamte Schulsystem ist in der Ausstattung und Finanzierung hängen geblieben.

Das Ziel ist es, jedem Kind eine Bildung zukommen zu lassen, die es auch verdient.

Forderungen:

- Ein Jahr vor der Einschulung soll jedes Kind an einem Sprachtest teilnehmen, um mögliche Rückstände rechtzeitig im letzten Kindergartenjahr aufholen zu können.
- Es ist in einer digitalisierten Gesellschaft von großer Wichtigkeit, dass Kinder bereits in der Schule IT-Kenntnisse erwerben. Dies soll aber nicht nur im Informatikunterricht geschehen, sondern auch Einzug in andere Fächer finden. Gleichzeitig müssen Lehrer fortgebildet werden, um mittels neuer Medien sinnvoll den Unterricht gestalten zu können.
- Schülern soll es außerdem grundsätzlich ermöglicht werden, ihre eigenen technischen Geräte mitzubringen und im Unterricht einzusetzen. Auch bei Prüfungen sollen diese künftig – wo im Einzelfall sinnvoll und geeignet – zum Einsatz kommen dürfen. Kinder, die keine eigenen Geräte besitzen, sollen diese von der Schule gestellt bekommen.
- Die Pflichtfächer sollen sich künftig stärker an ihrer tatsächlichen, allgemeinbildenden Notwendigkeit orientieren: Sie sollen grundlegendes Allgemeinwissen und Methoden vermitteln, welche unabhängig von der späteren Berufswahl für das nachfolgende Leben Sinn ergeben.
- In der Ausgestaltung des Lehrangebots soll allgemein mehr Wahlfreiheit für Schulen und Schüler entstehen. So soll der Wahlpflichtbereich ausgebaut werden, welcher auch von den Schulen eigenverantwortlich um neue Themen oder Fächer ergänzt werden können soll, mit denen die Schüler sich vertiefend beschäftigen können.
- An allen Schulen soll die Studien- und Berufsberatung intensiviert werden.